



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister Peter Jung*

Es informiert Sie Andre Hüsgen  
Anschrift Wittensteinstr. 235a  
42283 Wuppertal  
Telefon (0202) 60 933 100  
Fax (0202) 60 932 088  
E-Mail info@pro-rep-wuppertal.de  
Datum 15.04.2015  
Drucks. Nr. VO/1370/15  
öffentlich

**Antrag**

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>06.05.2015</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>11.05.2015</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

**Resolution: Mehr Sachlichkeit seitens der Lokalmedien im Umgang mit oppositionellen Parteien**  
**Antrag der Fraktion PRO NRW / DIE REPUBLIKANER vom 15.04.2015**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,**

bitte setzen Sie den folgenden Antrag der Fraktion PRO NRW / Die Republikaner auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung

- 1. Der Rat der Stadt verurteilt einhellig die Diffamierungen der „Westdeutschen Zeitung“ (WZ) gegen die Fraktion PRO NRW/REP und die Ratsgruppe der AfD.**
- 2. Mehr Sachlichkeit seitens der Lokalmedien mahnt der Rat der Stadt auch im Zusammenhang mit rechtsoppositionellen Parteien an.**

Begründung:

Zu 1.: Bereits mehrfach hat der Chef der WZ-Lokalredaktion Wuppertal, Lothar Leuschen, sich öffentlich in ehrabschneidender Weise gegen die Fraktion PRO NRW/REP geäußert. So unterstellte er in hetzerischen Kommentaren, die drei Stadtverordneten würden die ihrer Fraktion zustehenden monatlichen Geldzuwendungen ausschließlich in die eigene Tasche wirtschaften. Aufgrund der finanziellen Rechenschaftspflicht der Fraktion gegenüber der Verwaltung ist dies eine mehr als abenteuerliche Behauptung. Auch die Leuschen'sche Mutmaßung, die Parteien PRO NRW und REP strebten insgeheim eine Abschaffung der Demokratie an, gehört ebenfalls ins Reich der durch nichts bewiesenen Unverschämtheiten. Im WZ-Interview „Europa-Skepsis stärkt Rechte“ (Mai 2014) wurde dem Linksaußen-Ideologen Alexander Häusler ein Forum geboten, das er dazu nutzte, die AfD als „marktradikal“ und „rechtspopulistisch“ zu verunglimpfen.

Zu 2.: Jede Partei, die die Einhaltung demokratischer Spielregeln verinnerlicht hat, hat ein Recht darauf, von den sich als „Qualitätsmedien“ gerierenden Organen mit einem Mindestmaß an Anstand behandelt zu werden. Die verbale Entmenschlichung politischer Opposition, die letztlich auf das Schüren von Pogromstimmungen hinausläuft, war angesagt in Medien wie dem „Stürmer“ und dem „Völkischen Beobachter“ („Drittes Reich“) oder wie dem „Neuen Deutschland“ und dem „Schwarzen Kanal“ („DDR“), ist jedoch einer demokratischen Gesellschaft heutiger Tage unwürdig. Journalisten, die trotzdem an ihrer ideologisch überschäumenden Berichterstattung festhalten wollen, können sich gern neue Betätigungsfelder bei regimetreuen Medien in Peking, Pjöngjang oder Havanna suchen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte  
Fraktionsvorsitzende